



In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

Auf einen Blick

- Das Vorgehen der Trump-Administration und die Kritik an der Nato haben dazu geführt, dass Europa umdenken und mit Blick auf die eigene Sicherheit handlungsfähig werden muss. Die Frage einer Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland und der Haltung zur eigenen Armee stellt sich ebenso, wie die Frage nach der Finanzierung einer neuen Sicherheitsarchitektur, um Europas Rolle in der Welt gerecht zu werden.
 - Donald Trump selbst verfolgt keine politische Strategie, sondern handelt aus einem Bauchgefühl heraus und versucht, mit Erpressung – etwa durch Zölle – seine Agenda durchzubringen. Seine jetzige Administration ist komplett abhängig von ihm und hegt ihn nicht ein, wie noch in der ersten Amtszeit.

- › Die Debatte wird lauter, ob und wie aus dem US-amerikanischen „Brain Drain“ ein „Brain Gain“ für die Wissenschaft und Forschung in Europa werden kann.
 - › In der Diskussion über die Erinnerungskultur zeichnet sich eine zunehmende Polarisierung ab. Die AfD verfolgt eine gezielte eigene Agenda.
 - › Der Liberalismus befindet sich in einer Krise. Die Rezepte zur Rettung liberaler Demokratien und dem Umgang mit rechten Parteien fallen unterschiedlich aus.

Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: Deutschland und Europas Rolle in der Welt.....	2
In der Debatte: Trump 2.0	5
In der Debatte: Wissenschaft und Forschung	9
In der Debatte: Erinnerungskultur.....	11
In der Debatte: Populismus – Liberalismus.....	12
Rezensionen	14
Impressum.....	19

In der Debatte: Deutschland und Europas Rolle in der Welt

Leander Scholz argumentiert in der *Neuen Zürcher Zeitung*¹, Europa müsse seine Denkweise den neuen weltpolitischen Gegebenheiten anpassen. Habe man sich bei der Gründung der Europäischen Union auf das Reich Karls des Großen als Vorläufer berufen und mit diesem Gedanken den Wiederaufbau des Kontinents nach dem Zweiten Weltkrieg vorangetrieben und wirtschaftlichen Wohlstand erreicht, so hätte spätestens seit der Erweiterung nach Osten ein Umdenken einsetzen müssen: „Spätestens jedoch mit der Osterweiterung nach dem Ende des Kalten Kriegs verlor die Schirmherrschaft durch Karl den Grossen ihren Sinn. Im Verlauf ihrer Geschichte hatte sich die Europäische Gemeinschaft territorial und demografisch ständig erweitert. Aber erst der Untergang der Sowjetunion bescherte ihr einen erheblichen Machtzuwachs, mit dem ihr Selbstbild allerdings nicht mithalten konnte. Statt sich als globalen Grossraum zu begreifen, blieb sie ihren Ursprüngen in der Nachkriegszeit verhaftet.“ Die Europäische Union müsse erkennen, dass sie in der neuen globalen Ordnung – zwischen den Großmächten USA, China und Russland – selbst „zu einem eigenständigen Ordnungsfaktor der Weltpolitik geworden [sei], halb gewollt, halb ungewollt“ und zur Sicherung der eigenen Existenz beitragen müsse: „An der Ostgrenze der Union herrscht seit Jahren ein Krieg, von dessen Ausgang abhängt, ob die Union ihrer globalen Rolle zukünftig gerecht werden kann, nicht bloss als Handelsmacht, sondern als Landmacht.“

„Die EU muss nun schleunigst zum außenpolitischen Akteur werden“ mahnt *Jacques Schuster* in der *Welt am Sonntag*² an, denn jetzt räche sich „endgültig der Selbstbetrug, auf Augenhöhe mit den Amerikanern zu stehen, und das jahrelange Palavern, was die übrige Welt zu tun und zu unterlassen habe, ohne sich die entsprechenden Machtmittel zu verschaffen“. Es brauche dringend neue Kommandostrukturen in der EU, eine Union der Willigen, in der das Mehrheitsprinzip gelte, damit kein Staat als Bremser fungieren könne: „Derartiges zu schaffen, ist kein Hexenwerk. Von der Wiedervereinigung Deutschlands bis zur Einführung des Euro durch Helmut Kohl und François Mitterrand dauerte es rund zehn Jahre. Die Verteidigungsunion mit Franzosen, Polen und Deutschen als Gründerstaaten zu errichten, wird schneller gehen. Es braucht nur den politischen Willen dazu.“

Joseph de Weck sieht in der *FAZ*³ die „Wiedergeburt Europas“ gekommen, denn die europäischen Staaten würden, angesichts der Bedrohung durch Trump und Putin, die Reihen schließen. Die EU müsse sich nun unbedingt von der Wirtschafts- zu einer Verteidigungsunion weiterentwickeln: „Zudem ist klar, was das europäische Narrativ der nächsten Jahre prägen wird: die Opposition zum Trumpismus wie zum Putinismus; die Selbstbehauptung gegenüber Verächtern und Verleumdern Europas im Weißen Haus wie im Kreml, karikaturhaft verkörpert

¹ Leander Scholz, Europa muss sich als Grossraum denken, NZZ, 20.3.2025.

² Jacques Schuster, Die Einfaltspinsel der Diplomatie, Welt am Sonntag, 22.3.2025.

³ Joseph de Weck, Jetzt wirklich: Wiedergeburt Europas, FAZ, 3.4.2025.

durch kulturkämpferische Scharfmacher wie den US-Vizepräsidenten J.D. Vance und den Vizevorsitzenden des russischen Sicherheitsrats Dmitri Medwedew. Europa hat ein neues, altes Friedensnarrativ – das Einstehen für liberale Demokratie, die Würde des Menschen, soziale Marktwirtschaft und für Freiheit statt Oligarchie à la Elon Musk: wider die testosterongetriebene Hybris.“ Schon jetzt werde deutlich, dass es Populisten schwerer falle, die Europäische Union zu kritisieren, die für Freiheit und den Widerstand gegen autoritäre Führungsansprüche stehe: „Die europäische Wende erwischte extremistische und antieuropäische Politiker auf dem falschen Fuß. Sie müssen umdenken. Denn die Debatte wird künftig nicht um Rückbauten der Europäischen Union kreisen, sondern inwiefern sie sich ausbauen lässt.“

„Es ist höchste Zeit, dass sich das selbstgefällige, stagnierende Europa aufruft und den extremen Opfern, die sein Nachbarland Ukraine gebracht hat, gerecht wird. Dies ist eine historische Chance für seine Staats- und Regierungschefs, zu zeigen, dass Europa sich weiterentwickeln und an die Herausforderungen der Gegenwart anpassen kann – und die Fackel der Demokratie weiterzutragen, während Trumps Amerika sich seiner globalen Verantwortung entzieht“ lautet die Forderung von *Garri Kasparow* in der *Welt*⁴. Der Ansatz der Politik in Europa müsse sich radikal ändern und sich endlich auf die neue Weltlage einstellen: „Die meisten europäischen Staats- und Regierungschefs reden und handeln immer noch so, als würden sie in Friedenszeiten regieren. Europa macht weiterhin indirekte Geschäfte mit Russland über zentralasiatische Mittelsmänner. Es verbringt weiterhin übermäßig viel Zeit damit, Ungarn davon zu überzeugen, Entscheidungen zur Stärkung der Demokratie zu treffen. Es lässt weiterhin zu, dass Putins Lobby auf dem gesamten Kontinent wirtschaftliche und politische Erfolge erzielt. So handeln Länder, die sich im Krieg befinden, nicht. Mit einem Krebs verhandelt man nicht – man schneidet ihn heraus.“ Die europäische Verteidigungspolitik müsse unabhängig von den USA agieren können und sollte daher eine „parallele Nato“ schaffen.

Mark Brolin stellt im *Telegraph*⁵ fest, der europäisch-amerikanische Bruch werde sehr wahrscheinlich nur von temporärer Dauer sein und könne sich als Glück im Unglück erweisen, da die Beziehungen jahrzehntelang in einem anachronistischen Rahmen gefangen gewesen seien, in dem Europa stark von amerikanischen Sicherheitsgarantien abhängig gewesen sei. Eine Allianz, die sich schlagkräftig aufstelle, werde auch in der Lage sein, Russland in seine Schranken zu weisen. Zudem könne Trump es sich nicht mit Europa verderben, da dies auch den strategischen Interessen der USA widersprechen würde. Auch sei es unklug, Russland weiterhin als gleichwertige Großmacht zu behandeln, denn die europäischen Staaten hätten zusammengekommen mehr wirtschaftliche Macht und politisches Gewicht. Auch eine Änderung der politischen Einstellungen werde der Zusammenarbeit zuträglich sein: „In Europe, Merkelism is in retreat, while national populists are on the rise. At the same time Trump's powers might already have peaked. These powers are likely to diminish further in November 2026 following the midterm elections, typically when US presidents on their second term begin to be seen as a lame duck. The cultural gap will narrow as new politicians step forward or old politicians reinvent themselves. [...] Still, when the dust settles after this adjustment period, we may find that the transatlantic alliance emerges as strong as during the Cold War

⁴ Garri Kasparow, Europa braucht eine parallele Nato, *Die Welt*, 26.3.2025.

⁵ Mark Brolin, Putin won't be laughing for much longer, *The Telegraph*, 1.4.2025. [„In Europa ist der Merkelismus auf dem Rückzug, während die Nationalpopulisten auf dem Vormarsch sind. Gleichzeitig könnten Trumps Macht bereits ihren Höhepunkt erreicht haben. Diese Befugnisse dürften im November 2026 nach den Zwischenwahlen weiter schwinden, wenn US-Präsidenten in ihrer zweiten Amtszeit in der Regel als lahme Ente angesehen werden. Die kulturelle Kluft wird sich verringern, wenn neue Politiker hervortreten oder alte Politiker sich neu erfinden. [...] Dennoch, wenn sich der Staub nach dieser Anpassungsphase gelegt hat, werden wir vielleicht feststellen, dass das transatlantische Bündnis daraus so stark hervorgeht wie während des Kalten Krieges – nicht auf die Gruppenmeinung bezogen, sondern in der Bereitschaft für die Zukunft. Zudem dürfte sich Europa in den kommenden Jahren in die Lage versetzen, Russland selbstbewusster gegenüberzutreten.“]

– rooted not in group-think but in readiness for the future. Moreover, in the coming years, Europe is likely to put itself in a position to face Russia with greater self-confidence.”

In seinem Essay in der *Süddeutschen Zeitung*⁶ plädiert Jürgen Habermas für mehr Aufrüstung in Europa, auch angesichts des „Epochenbruchs“ in den USA. Europa müsse darauf achten, nicht „in den Strudel der absteigenden Supermacht“ zu geraten. Zu lange schon hätten Europa und auch Deutschland die Augen vor den Entwicklungen in den USA, einsetzend mit dem Amtsantritt von George W. Bush, und den sich daraus ergebenden Herausforderungen verschlossen und weiterhin an die „Einheit des Westens“ geglaubt: „Die Mitgliedsländer der Europäischen Union müssen ihre militärischen Kräfte stärken und bündeln, weil sie sonst in einer geopolitisch in Bewegung geratenen und auseinanderbrechenden Welt politisch nicht mehr zählen. Nur als eine selbständige politisch handlungsfähige Union können die europäischen Länder ihr gemeinsames weltwirtschaftliches Gewicht auch für ihre normativen Überzeugungen und Interessen wirksam zur Geltung bringen.“ In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die EU auf globaler Ebene als selbständiger militärischer Machtfaktor wahrgenommen werden könne, solange jeder ihrer Mitgliedstaaten über Aufbau und Einsatz seiner Streitkräfte letztlich eigenständig entscheiden könne. Hier sei auch die Souveränität Deutschlands tangiert: „Das stellt die deutsche Regierung freilich vor eine ganz neue Aufgabe. Dann nämlich muss sie eine politische Schwelle der europäischen Integration nehmen, auf deren Vermeidung gerade die deutsche Bundesregierung unter Schäuble und Merkel beharrlich bestanden hat.“ Dabei spricht er sich gegen eine Wiedereinführung der in Europa weitgehend abgeschafften Wehrpflicht aus: „In dieser Abschaffung der Wehrpflicht spiegelt sich ein weltgeschichtlicher Lernprozess, nämlich die auf den Schlachtfeldern und in den Kellern des Zweiten Weltkrieges gewachsene Einsicht, dass diese mörderische Form der Gewaltausübung menschenunwürdig ist – auch wenn dieses einstweilen letzte Mittel zur Lösung internationaler Konflikte, gewiss, politisch nur Schritt um Schritt abgeschafft werden kann.“

Mit Blick auf das Essay von Jürgen Habermas stellt Norbert Frei, ebenfalls in der *Süddeutschen Zeitung*⁷, fest, „der Westen, wie wir ihn kannten, ist weg“. Nun sei es wichtig, zu verhindern, dass Deutschland unter dem Einfluss zweier sich überschneidender Entwicklungen – der real gewordenen Bedrohung durch Russland nach dem Überfall auf die Ukraine und der schnellen Abwendung der USA von Europa – einen Kurs einschlage, der in der zukünftigen Geschichtsschreibung möglicherweise als Deutschlands Abkehr von der bisher geltenden und durch die Politik Konrad Adenauers eingeleiteten „vorbehaltlosen“ Öffnung nach Westen interpretiert werden könne: „Es geht darum, dass die Bundesrepublik aus den aus ihrer schein ökonomischen Potenz sich ergebenden Möglichkeiten, die das in der vergangenen Woche beschlossene schwarz-rot-grüne Billionenbudget richtigerweise eröffnet, nicht das Falsche macht. Das gilt natürlich für alle Teile des gigantischen Pakets, besonders aber für die Frage, wozu die nunmehr faktisch unbegrenzten Rüstungsmittel dienen sollen und welche Gefahren ihnen eingeschrieben sind. Es stellt sich, wie Habermas zu Recht konstatiert, die Frage nach Deutschlands ökonomischer und militärpolitischer Verankerung in Europa.“ Eine „historisch beispiellose Aufrüstung und eine europäische militärische Integration“ müsse unter Zeitdruck gelingen, denn man wage nicht sich vorzustellen, „wenn in vier Jahren die AfD in der Lage wäre, den Aufbau der stärksten, aber europäisch ungebundenen konventionellen Militärmacht Europas aus der Regierung heraus zu vollenden“.

Jens Jessen fordert in der *Zeit*⁸ nicht zu vergessen, dass nicht nur das Sicherheitsdenken in Deutschland reformiert werden müsse, sondern auch die Einstellung der Bevölkerung zur Bundeswehr und ihren Angehörigen: „Soldaten werden letztlich für die Bereitschaft bezahlt, im Ernstfall zu schießen und selbst erschossen zu werden – also für etwas, das sich gar nicht

⁶ Jürgen Habermas, Für Europa, SZ, 22.3.2025.

⁷ Norbert Frei, Der Westen, wie wir ihn kannten, ist weg, SZ, 24.3.2025.

⁸ Jens Jessen, Das hier ist keine Übung, Die Zeit, 27.3.2025.

angemessen bezahlen lässt. Eine solche Abmachung kann überhaupt nur funktionieren, wenn den Soldaten Wertschätzung entgegengebracht wird, und zwar die höchste denkbare Wertschätzung, die von einer Gemeinschaft für den aufgebracht werden kann, der sich für sie opfert.“ Dies sei dringend notwendig, auch wenn es vielen nach einem Blick in die deutsche Geschichte nicht leicht falle: „Man müsste sich dumm stellen, um nicht zu verstehen, warum viele Deutsche für lange Zeit in Soldaten nichts anderes als potenzielle Verbrecher sehen konnten. Natürlich war das ein logischer Fehlschluss: Aus der Tatsache, dass Soldaten einmal schuldig wurden, folgt nicht, dass sie immer schuldig werden.“

Berthold Kohler argumentiert in der FAZ⁹, nichts würde die ausgerufene Zeitenwende der Bevölkerung deutlicher vor Augen führen als die Wiedereinführung der Wehrpflicht: „Die Zeiten, in denen die Deutschen mit ‚freundlichem Desinteresse‘ (Horst Köhler) auf die Bundeswehr blicken konnten, sind vorbei. Die Verteidigung Deutschlands muss wieder ins Zentrum des politischen und gesellschaftlichen Interesses rücken.“

„Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik muss zunächst die ökonomischen Voraussetzungen für die Wiederherstellung der äußeren Sicherheit Deutschlands schaffen. Die weitere Ausschüttung imaginärer Friedensdividenden für soziale Zwecke hat keine Zukunft“ konstatiert Gerald Braunberger in der FAZ¹⁰. Wichtig sei zudem die enge Kooperation der europäischen Rüstungsindustrie zur Kosteneinsparung sowie darauf zu achten, nicht wieder in Abhängigkeit – wie beim billigen russischen Gas – bei der Beschaffung von Rohstoffen zu geraten. Außerdem sei es wichtig, den „nachteiligen[n] Einfluss von Interessengruppen auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands“, der „unverkennbar“ sei, zu verringern. „Mehr Markt und weniger Regulierung“ wären erforderlich, Geld allein bringe noch keinen Aufschwung.

Im Gespräch mit der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung¹¹ plädiert Verena Pausder für die Abschaffung der Zivilklauseln an deutschen Hochschulen, denn „wir können nicht sagen, dass wir total gute Forschung machen, die wir dann für militärische Zwecke nicht nutzen dürfen. Dann geben wir das Geld doppelt aus, das macht keinen Sinn und das können wir uns nicht leisten.“ Des Weiteren fordert sie ein Digitalministerium mit „eigenem Budget, klarer Zuständigkeit und einem strikten Top-Down-Ansatz“, um endlich mit der Digitalisierung der Verwaltung voranzukommen. In Sachen KI müsse Europa schnell in die Gänge kommen, denn mit Hilfe der KI könne „auch der Mittelstand effizienter und wettbewerbsfähiger“ werden.

In der Debatte: Trump 2.0

Quinn Slobodian, Autor des Buches „Hayek's Bastards: Race, Gold, IQ, and the Capitalism of the Far Right“, betrachtet im Interview mit der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung¹² die momentane Koalition aus Tech-Milliardären, Nationalisten und Libertären in den USA, die so neu gar nicht sei: „Das Schwanken zwischen hochtrabenden Prinzipien und Brutalität prägt seit den Vierzigerjahren des letzten Jahrhunderts die Art, wie Amerika den Rest der Welt behandelt. Wie energisch die neue US-Außenpolitik sich von der Idee nationaler Souveränität verabschiedet, hat mich dennoch überrascht. Aber die USA sind auf den Zugang zu Rohstoffen und große Märkte fixiert.“ Gemeinsamer Feind sei das „woke, fortschrittliche Establishment“, das den Staat unterwandert habe. Die zweite Amtszeit Trumps habe man einem „harten Kern der

⁹ Berthold Kohler, Nichts so sicher wie die Wehrpflicht, FAZ, 1.4.2025.

¹⁰ Gerald Braunberger, Zeit für eine Entfesselung, FAZ, 3.4.2025.

¹¹ Anna Sophie Kühne/Alexander Wulfers, „Wir reden uns ständig selbst schlecht“. Fragen an Verena Pausder, Vorstandsvorsitzende des Bundesverbands Deutsche Start-up, FAS, 23.3.2025.

¹² Louis Pienkowski, „Wir sind eine Techdiktatur“. Fragen an den kanadischen Historiker Quinn Slobodian, FAS, 30.3.2025.

US-Gesellschaft, der die Wiederherstellung einer Hierarchie anstrebt, die auf Geschlechterbinarität und Boss-Macht basiert“ zu verdanken. Gefährlich werden könne Trumps Koalition nur der Markt, denn „das Vertrauen in Trumps Wirtschaftsstrategie ist bereits erschüttert. Mit den Zöllen beginnen sich diese Risse zu vertiefen. Und es könnte einen Bumerangeffekt durch die Kürzungen geben.“

Thomas Cottier argumentiert in der *Neuen Zürcher Zeitung*¹³, man dürfe – mit Blick auf die Aktionen von Donald Trump – die Bedeutung der „regelbasierten Ordnung“ nicht bagatellisieren: „Die globale Ordnung ist damit nicht binär, sondern setzt sich aus unterschiedlichen Interessenlagen und Koalitionen zusammen. Damit variiert auch das Interesse an einer regelbasierten Ordnung, und ihre Ausgestaltung unterliegt Veränderungen in der Zeit. Sie repräsentiert zusehends eine multipolare Welt, in der kein einzelner Hegemon das Sagen hat und die Staaten auf Regeln der Koexistenz und Zusammenarbeit angewiesen sind.“ Die Zoll- und Handelspolitik Trumps diene nur dem Zweck der Erpressung, sie sei keinesfalls rechtskonform, der globale Einfluss der USA werde zudem überschätzt: „Man kann davon ausgehen, dass die Staatengemeinschaft die Trump-Administration in den nächsten vier Jahren nach vergeblichen Bemühungen, eine faire Kooperation zu erlangen, zunehmend isolieren wird, um die Grundlagen der regelbasierten Ordnung zu erhalten – und in der Hoffnung, dass eine Mehrheit der amerikanischen Demokratie bald aus Schaden klug wird und den Weg zurück zur Vernunft und zur multilateralen Ordnung findet.“

Im Gespräch mit der FAZ¹⁴ stellt Stephan Bierling fest, während seiner ersten Amtszeit sei Donald Trump von den ihn umgebenden Politikern aus der republikanischen Partei auch in sicherheitspolitischen Fragen weitgehend eingehetzt worden, daher sei es nie zu einem kompletten Bruch mit Europa gekommen, auch wenn das Verhältnis zwischen Europa und den republikanischen Amtsträgern schon seit der Jahrtausendwende zunehmend kühler geworden sei. Dies habe sich in der zweiten Amtszeit radikal geändert: „Trump konnte in seiner ersten Amtszeit nie Trump sein. Jetzt erleben wir einen erfahreneren, einen entschlossenen, einen skrupelloseren und einen bösartigeren Trump, als wir ihn je gesehen haben. Und wir erleben einen Trump, der Außenseiter wie Hegseth und die Geheimdienstkoordinatorin Tulsi Gabbard nach oben spült. Sie sind abhängig von Trumps Wohlwollen und setzen das um, was er sich in seinen Kopf gesetzt hat. Dazu gehören Vergeltungsphantasien gegenüber Europäern, die Trump in der ersten Amtszeit immer wieder geschmäht haben, die sich über seinen Politikstil lächerlich gemacht haben und die seine Wahlniederlage 2020 gefeiert haben. Jetzt ist für Trump die Zeit des Heimzahlens. Es geht nicht um langfristige Strategie, sondern um Rache.“ Die noch im Kongress vorhandenen transatlantisch ausgerichteten Abgeordneten trauten sich im Moment nicht aus der Deckung. Vielen sei durchaus klar, dass die Zusammenarbeit mit Europa und der Nato Vorteile biete, da Europa eine zentrale geostrategische Rolle einnehme. Dies werde im Weißen Haus allerdings nicht wahrgenommen, denn „Trump ist in seiner Radikalität bereit, die über 70 Jahre von den USA gepflegten Allianzstrukturen zu vernichten. Das ist eigentlich nicht mehr zu retten mit all dem Aufwand, den im Moment vor allem die Briten und manche osteuropäische Staaten an den Tag legen. Vielleicht hätte man was retten können, wenn Europa nach der ersten Invasion Russlands in der Ukraine 2014 wirklich mehr Lasten übernommen hätte. Die Europäer als verteidigungsfähiger und belastbarer Bündnispartner, das wollte Obama, das wollte Biden und zum Teil selbst Trump in seiner ersten Regierungszeit. Da haben wir völlig versagt, und am meisten versagt haben die Deutschen in ihrem Vulgarpazifismus.“

¹³ Thomas Cottier, Die regelbasierte Ordnung wird unterschätzt, NZZ, 25.3.2025.

¹⁴ Niklas Zimmermann, „Jetzt ist für Trump die Zeit des Heimzahlens“. Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Stephan Bierling, FAZ, 29.3.205.

Niall Ferguson fordert im Gespräch mit der *Zeit*¹⁵: „Wir sollten das Märchen von der liberalen Weltordnung vergessen und uns lieber der Realität zuwenden, dem zweiten Kalten Krieg, in dem wir leben.“ China habe hier den Platz der Sowjetunion eingenommen, sei aber wirtschaftlich viel stärker. Angesichts dieser Stärke seien die USA in keiner geeigneten Position, um sich auf eine kriegerische Auseinandersetzung einzulassen. Unwahrscheinlich sei zudem, dass es den USA gelingen werde – wie zu Zeiten Richard Nixons –, einen Keil zwischen Russland und China zu treiben. Für die USA selbst fordert er einen „sozialen und kulturellen Vibe-Shift“, weg von Wokeness und der Beachtung von „Minderheiten- und Opferkategorien“, denn „Wokeness zerstört jede intellektuelle Exzellenz. Alles, worum es mir als Wissenschaftler geht, ist: Schaffen wir ein Umfeld, in dem die klügsten Köpfe die klügsten Gedanken entwickeln können. Wenn es nicht darum geht, sollten wir die Universitäten zumachen.“ Mit Blick auf die Ukraine spricht er die Hoffnung aus, es möge zu einer „südkoreanische[n] Lösung“ kommen, bei der die Ukraine Territorium verliere, aber als selbstständiger Staat bestehen bleiben könne. Der Beginn der zweiten Amtszeit Trumps habe zwar monarchische Züge aufgewiesen, aber dieser Eindruck werde schnell verblassen, „angesichts der wirtschaftlichen Realitäten und der geopolitischen Herausforderungen schnell verblassen. Spätestens in zwölf Monaten wird man auch bei Donald Trump sehen, wie erstaunlich rasch die Macht eines Präsidenten in seiner zweiten Amtszeit schwindet.“

Ronald D. Gerste porträtiert in der *Zeit*¹⁶ den am 12. April 1945 verstorbenen US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, der sein Leben lang für eine regelbasierte Weltordnung und eine Pax Americana gefochten habe: „Derzeit scheint es mehr als fraglich, ob die USA sich in Zukunft noch zu den Prinzipien der Atlantik-Charta bekennen wollen: dem Verzicht auf Gewaltanwendung und territoriale Expansion und dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung und auf Freiheit von Tyrannie. Umso entschlossener sollten sich die Europäer das wohl berühmteste Statement aus dem ereignisreichen Leben des Vollblutpolitikers Franklin D. Roosevelt zu Herzen nehmen: ‚The only thing we have to fear is fear itself‘ – das Einzige, wovor wir Angst haben müssen, ist die Angst selbst.“

In der *Financial Times*¹⁷ merkt Gideon Rachman an, ein Blick nach Russland oder in die Türkei zeige denjenigen, die die politische Freiheit in den USA retten wollten, dass sie sich beeilen müssten. Ein Regime, das die Demokratie untergraben wolle, setze darauf, ein konstantes Klima der Angst zu erzeugen. Sobald die Menschen Angst haben, ihren Arbeitsplatz, ihr Geld oder ihre Freiheit zu verlieren, würden sie wahrscheinlich den Weg des geringsten Widerstands gehen, indem sie den Kopf gesenkt halten. Schon sei auffällig, dass viele sich bemühten, sich Trumps Weltanschauung, Einstellungen und sogar bevorzugten Sprache anzupassen. Kollektives Handeln dagegen sei schwierig, aber unabdingbar. Je länger ein autoritärer Machthaber am Ruder sei, desto schwieriger sei es, gegen ihn vorzugehen. Die Strategie des Weißen Hauses, blitzschnell zu handeln, ziele ausdrücklich darauf ab, Verwirrung unter den Gegnern zu stiften. Die Amerikaner befänden sich auch auf einem so unbekannten Terrain, dass sie wenig Erfahrung hätten, auf die sie zurückgreifen könnten. Unabdingbar für die Gegenwehr sei ein charismatischer Anführer: „The lesson for the US Democratic party establishment is clear. They might regard politicians such as Bernie Sanders and Alexandria

¹⁵ Götz Hamann/John F. Jungclaussen, Reden wir über Trump. Ein Gespräch mit dem Historiker Niall Ferguson, der ihn für den richtigen Präsidenten hält, Die Zeit, 20.3.2025.

¹⁶ Ronald D. Gerste, Endspurt zum Weltfrieden, Die Zeit, 3.4.2025.

¹⁷ Gideon Rachman, Lessons from Russia, Turkey and India for Trump's America, Financial Times, 31.3.2025. [„Die Lektion für das Establishment der Demokratischen Partei in den USA ist klar. Sie könnten Politiker wie Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez als ganz links in der amerikanischen Politik betrachten. Aber wenn sie als die charismatischsten Führer der Opposition gegen Trump hervorgehen, sollten sie umarmt und vorangetrieben werden – nicht zurückgewiesen.“]

Ocasio-Cortez as on the far left of American politics. But if they emerge as the most charismatic leaders of the opposition to Trump, they should be embraced and pushed forward – not rejected.“

Robert Kagan urteilt im Gespräch mit *Zeit Online*¹⁸, die USA unter der Führung von Donald Trump seien eine „Schurkensupermacht“ geworden. Dies sei ein Bruch mit der amerikanischen Politik, denn diese sei „letztlich in großen Teilen ideologisch auf die Verteidigung des Liberalismus ausgerichtet. Trump ist von einer antiliberalen Ideologie geprägt. Es ist kein Zufall, dass sich Elon Musk und J. D. Vance für die AfD in Deutschland aussprechen und in Großbritannien für Nigel Farage. Sie sind angetan von Viktor Orbán in Ungarn. Sie verkaufen uns eine Ideologie, die das demokratische System der USA zerstören könnte.“ Die Aufgabe der USA sei es, den Liberalismus in der Welt zu verteidigen. Dies hätten auch George W. Bush und Ronald Reagan so gesehen. Das Denken der Republikanischen Partei habe sich erst mit Trump verändert: „Die Grand Old Party hätte nie den Versuch unternommen, die amerikanische Demokratie und sich als Partei gleich mit zu demontieren. Es ist ein großer Fehler, Kontinuitäten herzustellen. Trump ist eine historische Zäsur.“ Von Deutschland fordert er, da es „das größte und wichtigste Land in Europa“ sei, eine zentrale Führungsrolle einzunehmen, die Zusammenarbeit mit Frankreich zu stärken und Europa zu einen, um den imperialistischen Machtansprüchen Putins entgegentreten zu können.

In der *Süddeutschen Zeitung*¹⁹ weist *Andrian Kreye* darauf hin, dass erst noch ein Begriff gefunden werden müsse, der das beschreibe, was in den USA unter Trump entstehe, ein Faschismus-Vergleich sei unzutreffend: „Donald Trump ist kein Faschist. Dem sogenannten Trumpismus fehlen schon mal die Bilder. Es gibt keine Symbole, Uniformen, Gesten, Farben, Fackelzüge, und was der Faschismus sonst noch als Zeichensprache für die Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft erfand. Die Maga-Kappen sind da eher Merch als Symbol. Es gibt auch kaum Institutionen, mit denen der Faschismus seine Macht ausübte. Im Gegenteil. Institutionen werden in den USA gerade abgeschafft. Denn der Trumpismus basiert auf einem umgekehrten Verständnis des Staates: Der Faschismus war die ultimative Form des starken Staates. Trump und seine Anhänger wollen keinen Staat.“ Fündig werden könne man eher in dem in den 1930er Jahren begründeten „Technocracy Movement“ oder in der Denkschule des „Dark Enlightenment“, die sich auf die Texte des amerikanischen Bloggers Curtis Yarvin und des britischen Philosophen Nick Land stütze, die „Demokratie, Wissenschaft und den gewählten Staat als elitäres System, das den Menschen ihre aufgeklärten Weltanschauungen“ aufnötige, ansähen. Ihrer Meinung nach sollte die Nation von einem „CEO-ähnlichen Diktator“ angeführt werden, der durch die Finanzstärke von Oligarchen unterstützt werde: „Auf der geopolitischen Ebene zeigt sich dieses neue Denken in Trumps Sympathien für sogenannte strong men, für Vladimir Putin, Viktor Orbán, Recep Tayyip Erdoğan, Xi Jinping, Narendra Modi. Dahinter steckt keine ideologische Bruderschaft – die Autokraten sind für ihn Männer, die den Ballast der republikanischen Staatsform fast neutralisiert haben und deswegen unbegrenzt handlungsfähig sind.“

George Packer fühlt sich – wie er im *Atlantic*²⁰ beschreibt – beim Regierungsstil Trumps an George Orwells „1984“ erinnert. Bislang gängige Wahrheiten verlören von einer Minute auf

¹⁸ „Die USA unter Trump sind eine Schurkensupermacht“. Fragen an den US-Historiker Robert Kagan, *Zeit Online*, 10.3.2025.

¹⁹ Andrian Kreye, Faschismus? Das trifft es nicht, *SZ*, 26.3.2025.

²⁰ George Packer, The Hollow Men, *The Atlantic*, 25.3.2025. „Wenn ein Führer von seinen Untergebenen verlangt, etwas zu sagen, von dem sie wissen, dass es nicht wahr ist – oben ist unten, Ozeanien hat sich schon immer im Krieg mit Ostasien befunden, die Ukraine ist schuld –, dann ist das ein Test der Loyalität und eine Demonstration von Dominanz. Ritualisierte Demütigung ist für ein autoritäres Regime unerlässlich. Trump zwingt Berater, Berater und die befreundete Presse, die er in den Raum lässt, in seinem Namen Absurditäten von sich zu geben, um sie enger an sich zu binden und sich damit von jeder Hemmung zu befreien. Sie wissen aus dem Beispiel mutigerer oder weniger vorsichtiger Kollegen, dass jedes Zittern der Unabhängigkeit sie politisch zum Verhängnis wird und ihnen vielleicht sogar körperlich schadet. Fast

die andere ihre Gültigkeit und würden ins Gegenteil verkehrt. Die Trump umgebenden Politiker, wie Marco Rubio, Mike Johnson oder Lindsey Graham, unterstützten, Automaten gleich, ohne Zögern Ansichten, die im Widerspruch zu ihren bisher geäußerten Meinungen stünden. Dahinter stecke ein kalkuliertes Vorgehen: „When a leader requires his underlings to say what they know isn't true – up is down, Oceania has always been at war with Eastasia, Ukraine is to blame – it's a test of loyalty and a show of dominance. Ritualized humiliation is essential to an authoritarian regime. Trump forces aides, advisers, and the friendly press that he allows into the room to utter absurdities on his behalf in order to bind them closer to him, and thereby frees himself from any restraint. They know from the example of more courageous or less careful colleagues that any quiver of independence will doom them politically, and perhaps even harm them physically. Almost immediately, it seems, they cease to be troubled by conscience or even motivated by fear. As they become more machinelike, they forget that they ever held a different idea, or any idea at all. You can see it in their relaxed features and smoother delivery.“ Für Trump impliziere Stärke die Möglichkeit, andere Personen zu erniedrigen.

Barton Swaim konstatiert im *Wall Street Journal*²¹, es werde jetzt schon überdeutlich, dass sich J. D. Vance auf die Zeit nach dem Ende seiner Vize-Präsidentschaft und eine mögliche eigene Präsidentschaft vorbereite. Sein Auftreten und der von ihm genutzte herablassende Tonfall lasse schon jetzt manchmal vergessen, dass er nur der Stellvertreter sei: „Mr. Vance has every right to present himself as his boss's most learned exponent. But he's playing a dangerous game. He often sounds as if he's formulating his own ideas rather than defending the president's.“

In der Debatte: Wissenschaft und Forschung

Jan-Martin Wiarda mahnt im *Tagesspiegel*²², man solle nicht nur auf die Abwerbung von US-Wissenschaftlern setzen, sondern auch auf die Unterstützung der Forschungslandschaft in den USA selbst: „Die Sicherung wissenschaftlicher Infrastruktur muss ganz oben auf die Agenda der Wissenschaftspolitik. Das beginnt mit einer simplen, aber entscheidenden Frage: Wie lassen sich gefährdete Datenbanken und Websites außerhalb der USA spiegeln, bevor sie gelöscht, verändert oder censiert werden?“ Zudem sei Deutschland, für die breite Mehrheit der Forschenden aus den USA wegen der hier geltenden Arbeitsbedingungen, etwa befristete Verträge oder fehlende Personalentwicklung, ein nur mäßig attraktives Ziel.

In der *Zeit*²³ betrachtet Carlotta Wald die Diskussion um die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit in den USA und die Szenarien über den Umgang damit in Deutschland und Europa. Sie macht auf Stimmen aufmerksam, die vor Abwerbekampagnen warnen und fordern, die Forscher und Forscherinnen in den USA gezielt zu unterstützen, denn dort kämen die europäischen „Bereicherungsgelüste“ nicht gut an. Es sei auch wahrscheinlich, dass man Kompromisse in der Forschung eingehen müsse, um die Zusammenarbeit dort, wo sie drin-

augenblicklich, so scheint es, hören sie auf, von Gewissensbissen geplagt oder gar von Angst motiviert zu sein. Wenn sie immer maschinenhafter werden, vergessen sie, dass sie jemals eine andere Idee oder überhaupt eine Idee hatten. Sie können es an ihren entspannten Funktionen und ihrer reibungsloseren Lieferung sehen.“]

²¹ Barton Swaim, JD Vance Already Has an Eye on His Post-Vice Presidency, WSJ, 1.4.2025. [„Mr. Vance hat jedes Recht, sich als der gelehrigste Vertreter seines Chefs zu präsentieren. Aber er spielt ein gefährliches Spiel. Er klingt oft so, als würde er seine eigenen Ideen formulieren, anstatt die des Präsidenten zu verteidigen.“]

²² Jan-Martin Wiarda, Brain Drain aus den USA, Der Tagesspiegel, 25.3.2025.

²³ Carlotta Wald, Die Besten zu uns?, Die Zeit, 27.3.2025.

gend notwendig sei, aufrecht zu erhalten, denn die Abhängigkeit von der US-Forschungslandschaft sei hoch. Sinnvoll werde es allemal sein, die Art, wie in Deutschland Wissenschaft und Forschung betrieben werde, zu überdenken: „Will man in gefragten Disziplinen wie der Biochemie, Medizin und vor allem der künstlichen Intelligenz mit anderen Ländern konkurrieren, müssten jetzt nicht nur Milliarden von Euro investiert werden, sondern sich auch die Forschungsstrukturen ändern. Die Voraussetzung ist aber, dass auf die Ansagen der Ökonomen und Politiker schnell Reformen mit Substanz folgen.“

Der *Economist*²⁴ konstatiert, Trump treibe mit seinem Kampf gegen die Wissenschaftsfreiheit und den damit verbundenen Kürzungen in der Forschung US-Wissenschaftler in die Arme Europas. Ob man dort den hohen Ansprüchen dieser Experten genügen und Top-Talente anlocken könne, bleibe allerdings fraglich: „In higher education overall European spending holds up well, but the continent distributes more of its cash to lower-ranked universities. America has a lot more institutions in the top echelons. [...] Europe needs to overcome a preference for regional equity and provide more funding for elite institutions – and as continued investment, not as a one-off programme. Building political majorities for such a shift will be difficult.“ Zwar sei Europa ein attraktiver Ort zum Leben, auch wenn er, sowohl in Bezug auf Visa als auch auf Karriereaussichten, einfacher zugänglich sein könnte. Der Kontinente braucht mehr erstklassige Einrichtungen und breitere Forschungsnetzwerke, um weltweit zusammenarbeiten zu können. In der Tat bestehe die Gefahr, dass die Behandlung von Forschern als strategische Ressource die Wissenschaft entlang nationaler Grenzen trenne.

In der *Süddeutschen Zeitung*²⁵ thematisiert Andrian Kreye den angekündigten Weggang der Ivy-League-Professoren Marci Shore, Timothy Snyder und Jason Stanley aus den USA nach Kanada: „Es ist ein teuflisches Paradoxon, dass sich ausgerechnet in den USA die Intellektuellen nun erstmals auf die Flucht begeben, jenem Land, das sich auf seiner Rolle als Zuflucht und sicherer Hafen für die Verfolgten aller Länder gründete, egal ob sie der Glaube, der Krieg, die Armut, die Politik oder auch nur die Lebenslust nach Amerika brachte.“ Er weist auf Bestrebungen in Deutschland hin, aus dem „Brain Drain“ einen möglichen „Brain Gain“ zu machen.

Im Gespräch mit der *Frankfurter Rundschau*²⁶ beklagt der Yale-Professor Jason Stanley, dessen Großeltern nach der Reichspogromnacht aus Deutschland in die USA geflohen waren, die mangelnde Solidarität der US-Universitäten untereinander, die dem Irrglauben folgten, wer nicht aufbegehe und sich ruhig verhalte, bleibe verschont, denn „die Attacken auf die akademische Freiheit in den USA folgen einer Logik der Einschüchterung – und wer sich nicht wehrt, wird Teil dieser Logik“. Das System der „Checks and Balances“ in der Politik funktioniere nicht mehr richtig. Eine Rückkehr nach Deutschland könne er sich vorstellen, er weist aber auch auf die problematische Lage an den dortigen Hochschulen hin, wo Professorenstellen knapp seien: „Deutschland ist für viele ein Ort der Hoffnung – gerade wegen seiner Vergangenheit. Aber auch hier wachsen die Risse. Die AfD ist kein Ost-Problem. Sie ist ein deutsches Problem. Und ich sehe mit Sorge, dass es auch hier Unterschiede zwischen ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Juden gibt. Ich bin, was das betrifft, sicher ein ‚schlechter Jude‘. Ich gehöre nicht zur offiziellen Linie.“

Im Gespräch mit *Cicero Online*²⁷ wendet sich Peter Hoeres gegen das Studentenparlament der Universität Würzburg, das ihm, seinem Mitarbeiter Benjamin Hasselhorn und seinem Lehrstuhl in einer [Resolution](#) eine „neurechte Diskursverschiebung in der Lehre“ vorgeworfen

²⁴ Trump is driving American scientists into Europe's arms, The Economist, 27.3.2025.

²⁵ Andrian Kreye, „Es wird einen Bürgerkrieg geben“, SZ, 1.4.2025.

²⁶ Michael Hesse, „Schweigen ist keine Option mehr“. Fragen an den Faschismus-Experten Jason Stanley, Frankfurter Rundschau, 4.4.2025.

²⁷ Ferdinand Knauß, „Sie greifen mit politischem Motiv die Lehrfreiheit an“. Fragen an den Historiker Peter Hoeres, Cicero Online, 22.3.2025.

hatte und urteilt, dies sei „eine Verschwörungstheorie, die nicht von unseren Geschichtsstudierenden kommt, unsere Evaluationen sind überwiegend sehr gut, sondern von linken Gruppen aus dem Studierendenparlament“. Es sei „ziemlich manifest, dass da der Wunsch besteht, Parallelstrukturen zu schaffen, also andere Dozenten einzustellen, die der eigenen politischen Agenda entsprechend unterrichten. Damit greifen sie auch massiv die grundgesetzlich geschützte Lehrfreiheit an. Dabei können die Vertreter des Studierendenparlaments wie etwa der erwähnte Jonas Keim die geschichtswissenschaftliche Lehre überhaupt nicht beurteilen.“ Irritierend sei, dass die Leitung der Universität Würzburg bislang ihrer „Fürsorgepflicht“ den Mitarbeitern gegenüber noch nicht nachgekommen sei. Solidaritätsadressen von ehemaligen Studierenden oder Kollegen seien weitgehend privat erfolgt.

Thomas Thiel thematisiert die Debatte in der FAZ²⁸ und konstatiert: „Dienstrechtlisch ist maßgeblich, ob Hasselhorn eine Abkehr von der demokratischen Grundordnung nachgewiesen werden kann. Das ist, sofern keine neuen Indizien auftauchen, unwahrscheinlich. Den Aktivisten steht es frei, Hasselhorns Gedanken und Schriften abzulehnen, eine Lizenz zum Zerstören seiner Karriere oder zur Verleumdung eines Lehrstuhlinhabers haben sie nicht.“

In der Neuen Zürcher Zeitung²⁹ stellt *Oliver Maksan* fest, mit Blick auf die Protokollnotizen des Studentenparlaments entstehe der Eindruck, es sei von Seiten der Studierenden eine gezielte Kampagne geplant worden: „Letztlich gehe es darum, Hasselhorn in einer heiklen Karrierephase zu canceln. Die Studenten hätten schliesslich darüber gesprochen, welche Folgen ihre Forderungen für den frisch habilitierten Historiker haben könnten – ausbleibender Ruf von anderen Universitäten inklusive.“

In der Debatte: Erinnerungskultur

Die Jüdische Allgemeine³⁰ macht darauf aufmerksam, wie sehr die AfD darum bemüht sei, die vor einigen Jahren von Björn Höcke ausgerufene „erinnerungspolitische 180-Grad-Wende“ weiterhin umzusetzen und den Fokus des Gedenkens zu verschieben: „Schon bald könnten sowohl Musk als auch die AfD eine noch zentralere Rolle in dem von der Neuen Rechten vorangetriebenen Angriff auf die deutsche Gedenkkultur spielen: Musk als mächtiger Multiplikator, der revisionistische Erzählungen in den öffentlichen Diskurs trägt, die AfD als politische Kraft hinter der Umsetzung dieser geschichtspolitischen Agenda. Für dieses Ziel hat die künftig grösste Oppositionspartei nun mehr Rückenwind denn je.“

Marc Reichwein weist in der Welt³¹ darauf hin, dass rechte Verlage – auch wegen der andauernden Proteste – kein Interesse mehr daran hätten auf den Buchmessen in Frankfurt oder Leipzig präsent zu sein, man plane eine eigenständige Organisation: „Gelesen und studiert wird im Bücherreich der Neuen Rechten. Waren ‚die wilden Jahre des Lesens‘ (Ulrich Raulff) in den Jahrzehnten nach 1968 mal links konnotiert, ist die Rebellion durch Lektüre seit den 2010er-Jahren nach rechts abgewandert. Wie gering die Bereitschaft in vielen tonangebenden linken, postkolonialen (und leider oft antisemitischen) Kreisen ist, sich überhaupt noch auf Differenzierung, Dialog und das Hinterfragen eigener Positionen (alles Beifang von Buchlektüre) einzulassen, ist in den universitären Entwicklungen leider weltweit zu sehen.“

Die Ergebnisse einer [Umfrage](#) zur Einstellung der Deutschen zur NS-Zeit thematisiert Christian Staas in der Zeit³² und stellt fest, es zeichne sich hier eine „allmähliche Polarisierung“ bei den einzelnen Gruppen ab: „So ist die Wählerschaft der AfD nicht nur gewachsen, sondern

²⁸ Thomas Thiel, Versäumte Aufklärung, FAZ, 28.3.2025.

²⁹ Oliver Maksan, Studenten fordern in Würzburg Kampf gegen rechts, NZZ, 27.3.2025.

³⁰ Umdeutler, Jüdische Allgemeine, 13.3.2025.

³¹ Marc Reichwein, Im Bücherreich der Neuen Rechten, Die Welt, 24.3.2025.

³² Christian Staas, Wollen die Deutschen noch hinschauen?, Die Zeit, 27.3.2025.

hat sich auch radikalisiert. Gleichzeitig sind die Anhänger von Union und FDP tendenziell von der Erinnerungskultur abgerückt. Die Wähler der SPD, der Grünen und der Linken hingegen bekennen sich entschiedener zu ihr als vor fünf Jahren.“ Er bilanziert „der leichte vergangenheitspolitische Rechtsruck in der Gesamtbevölkerung ist also maßgeblich auf die AfD zurückzuführen. Die geschichtspolitische Agenda der Parteiideologen spiegelt sich dabei, wie bereits vor fünf Jahren, nahezu bruchlos in den Haltungen derer wider, die ihnen ihre Stimme geben.“ Ein großer Teil der Debatte werde heutzutage auf diversen Social-Media-Kanälen ausgetragen, wo „ein schwer zu überschauender Tummelplatz entstanden [sei], auf dem Geschichte diskutiert, emotional aufgeladen, propagandistisch verfälscht, aber auch für eine neue Generation didaktisch aufbereitet wird. Parallel zum Sterben der letzten Zeugen könnte sich dies als der größte erinnerungskulturelle Umbruch der Gegenwart erweisen.“

In der Debatte: Populismus – Liberalismus

Im Gespräch mit dem *Cicero*³³ erläutert *Philip Pilkington*, Autor des Buches „The Collapse of Global Liberalism“, warum er den Liberalismus in einer tiefen Krise sieht: „Der blinde Fleck des Liberalismus ist folgender: Da sich Liberale selbst nicht als Ideologen verstehen, realisieren sie dies nicht. Wir erleben seit Jahrzehnten, dass liberale Staaten dazu neigen, geopolitischen Pragmatismus durch missionarischen Liberalismus zu ersetzen. Der Preis für die liberalen Länder ist dabei hoch: Sie führen zu ökonomischen Misserfolgen und zu gesellschaftlicher Instabilität. Mit dieser Politik des liberalen Imperialismus schaufelt sich der Liberalismus sein eigenes Grab.“ Als Beispiele führt er die von der deutschen Außenministerin propagierte so genannte feministische Außenpolitik sowie die teuren Kriege der USA in Irak und Afghanistan an, die bei einem Großteil der Bevölkerung auf Unverständnis gestoßen seien. Die Rede von J. D. Vance in München sei als ein „Abgesang auf den transatlantischen Liberalismus“ zu verstehen, für ihn impliziere der Begriff der transatlantischen Partnerschaft nur „die seit Jahrzehnten betriebene und verhasste Politik des demokratischen und republikanischen Washington-Establishments, das sich auf Kosten der amerikanischen Bürger die Expansion des Liberalismus auf die Fahnen geschrieben hat. Wir erleben einen Epochewandel. Während die Europäische Union noch an die liberale Weltordnung glaubt, sind die USA längst in einer postliberalen Ära angekommen.“ Europa müsse sich endlich aus seiner „Schockstarre“ lösen und sich handelnder Akteur verstehen: „In einer multipolaren Welt sind Europa und Deutschland gut beraten, einen neuen Pragmatismus und Realismus in der Diplomatie zu verfolgen. Wer in einer multipolaren Weltordnung nur mit luppenreinen Demokraten Geschäfte machen möchte, der ist verloren. Daher bin ich felsenfest überzeugt: Nur wenn Europa den liberal-missionarischen Eifer ablegt, wird es im 21. Jahrhundert eine Rolle auf der Weltbühne spielen können.“ Zudem müsste sich die EU der Tatsache bewusst werden, dass Donald Trump sich als „dealmaker“ verstehe, er respektiere „nur starke und entschlossene Politiker, mit denen er wirtschaftliche Deals abschließen kann. Er verachtet hingegen Politiker, die sich als moralische Schulmeister der Welt aufführen. Nur auf dieser Grundlage ist es für London, Paris und Berlin möglich, ein neues Verhältnis zu den USA aufzubauen.“

Udo Di Fabio befasst sich in der *FAZ*³⁴ mit dem dringend notwendigen Überleben und der damit verbundenen Erneuerung des Liberalismus, da sonst „ein dunkles Zeitalter der sich zerstörenden Aufklärung“ drohe. Kritisch merkt er an, „die bürgerliche Mitte ist viel zu lange den (für sich genommen natürlich völlig legitimen) Ideen der politischen Linken nachgelaufen und hat auf deren Forderungen immer nur reagiert. Damit wurde das Spiel von Regierung und

³³ Clemens Traub, „Der liberale Missionierungseifer ist Gift für Europa“. Gespräch mit dem Ökonom Philip Pilkington, Cicero, 21.3.2025.

³⁴ Udo Di Fabio, Gescheiterter Liberalismus?, FAZ, 25.3.2025.

Opposition folgenlos und alternativlos, weil nur eine Seite den Weg gewiesen hat. So etwas mindert die Lernfähigkeit der offenen Gesellschaft und lässt gefährliche Repräsentationslücken entstehen. Die Mitte hat sich in den zwanzig Jahren der Kanzler Merkel und Scholz immer mehr konzeptionell entleert – so lange, bis auf dem ideell unbestellten Acker vor allem der rechte Rand reiche Ernte halten konnte.“ Dem Liberalismus seien zudem seine „klassische[n] alt-konservative[n] Gegenspieler abhandengekommen“, mit denen man – trotz aller Gegen-sätze – koalieren konnte. Der anspruchsvolle Liberalismus sei immer differenziert, nie markt-radikal gewesen, habe nie die persönliche Freiheit des Einzelnen eingeschränkt. Es müsse wie-der für die Fähigkeit gekämpft werden, „strikt unabhängig zu denken und die Widersprüche wie die Konflikte der Gesellschaft auszuhalten“.

Nicola Fuchs-Schündeln und *Michael Zürn* werben in der FAZ³⁵ für eine Unterstützung der unter Druck geratenen liberalen Demokratien in Europa, die „die Grundlage für die politische Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung Europas“ bildeten. Sie merken an, „der Staat muss im täglichen Leben als wirkkräftig wahrgenommen werden. Wenn das nicht gelingt, fühlen sich die Menschen ‚abgehängt‘ und vom politischen System ‚nicht gehört‘. Wo die Daseins-vorsorge versagt, findet das Narrativ autoritärer Populisten fruchtbaren Boden.“ Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge seien somit unabdingbar: „Die liberale Demokratie ist die Grundlage unseres Wohlstandes. Es ist zentral, dass die zukünftige Regierung ihren Erhalt als Kernaufgabe sieht, die es schnell anzugehen gilt. Eine funktionierende Daseinsvorsorge spielt dabei eine Schlüsselrolle, und Entbürokratisierung und Deregulierung schaffen nachhaltige Finanzierungsmöglichkeiten.“

„Der einzige Weg, die Populisten wirklich zu besiegen und zu retten, was von der liberalen Demokratie noch zu retten ist, ist die Abspaltung einer Sekte vom Hauptkörper der liberalen Demokratie. Manchmal ist der einzige Weg, einen Konflikt zu lösen, nicht die Suche nach ei-nem Kompromiss, sondern die Radikalisierung der eigenen Position – Trump weiß das sehr gut, und wir Europäer sollten das auch lernen“ fordert *Slavoj Zizek* in der Welt³⁶. Um in der heutigen Zeit zu überleben, müsse Europa als „Supermacht“ auftreten und dabei seinem „emanzipatorischen Erbe“ treu bleiben, als „einzige Zivilisation, die der Idee der globalen Soli-darität mit dem Schwächeren“ weiter verhaftet sei.

In der Neuen Zürcher Zeitung³⁷ plädiert *Thomas A. Becker* für eine Reform der Debattenkul-tur, deren Diskurse wichtig für die Legitimation liberaler Demokratien seien, und die durch die Anonymität und die schnelle Verbreitung von Informationen in sozialen Medien in Gefahr gerate, an Qualität zu verlieren: „Wenn wir also vergessen, dass unser Bezug zur Realität von Regeln und Institutionen abhängt, droht uns die schwerste Krise der kollektiven Wissenspro-duktion und Willensbildung seit Menschengedenken. Denn kollektives Lernen findet nur im Rahmen komplexer sozialer Interaktionen statt. In modernen Gesellschaften bestimmt die Qualität der öffentlichen Kommunikation die Qualität der Konflikte. Seit dem Aufkommen neuer Medien schwindet aber die diskursive Orientierungsfunktion der öffentlichen Kommu-nikation.“ Da politische Handlungswänge nicht aus wissenschaftlichen Fakten oder Wahrhei-ten, sondern aus Werte- und Interessenkonflikten entstünden, sei es notwendig, das Begrün-den zu disziplinieren und das eigene Handeln und Unterlassen diskursiv zu legitimieren, um daraus Lernprozesse und soziale Innovationen zu entwickeln: „Eine Debattenkultur, die den Namen verdient, setzt die Bereitschaft voraus, aus der systemischen Widersprüchlichkeit des Politischen eine Tugend zu machen. Wir können nicht geruhsam zusehen, wie uns die diskurs-

³⁵ Nicola Fuchs-Schündeln/Michael Zürn, Ein funktionierender Staat verhindert Extremismus, FAZ, 21.3.2025.

³⁶ Slavoj Zizek, Das letzte Mittel gegen Europas Untergang, Die Welt, 24.3.2025.

³⁷ Thomas A. Becker, Wissen ist ein labiles Steuerungsinstrument, NZZ, 26.3.2025.

und gesellschaftszersetzenden Narrative und ‚alternative facts‘ der Autokraten und Möchtegerndiktatoren dieser Welt um die Ohren fliegen. Die Demokratie ist unversehens in Zugzwang geraten.“

„Die AfD ist nicht koalitionsfähig und nicht kompromissfähig, und weil beides notwendig ist, um in einer parlamentarischen Demokratie etwas zu erreichen, ist sie nicht politikfähig“ bilanziert Justus Bender in der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*³⁸. Die Strategie der AfD bestehe darin, „die Ablehnung, die sie so wortreich beklagt“ selbst zu erzeugen und sich so zum Opfer der anderen Parteien zu stilisieren: „Sie könnte, in der Mäßigung, Forderungen durchsetzen, Ämter bekommen, Macht. Nicht weil ein Kartell sie dann belohnte für ihre Zahlosigkeit, sondern weil es in der Demokratie um Kompromisse geht, um ein Werben um Mehrheiten, um Gemeinsamkeiten.“

Andreas Rosenfelder konstatiert in der *Welt*³⁹, „der Versuch, den Bundestagsalltag so zu gestalten, als gäbe es die AfD-Fraktion nicht, wirkt zunehmend absurd. Schließlich sind ihre Abgeordneten keine Viren, vor denen man den Parlamentarismus schützen müsste oder auch nur könnte. Es sind gewählte Vertreter des deutschen Volks, und von dem geht laut Grundgesetz nun einmal alle Staatsgewalt aus.“ Denn in den Umfragen wachsenden Zuspruch für die AfD wertet er als Reaktion der Wähler, auf das Ignorieren ihrer Willensbekundung an der Wahlurne.

Im *Spiegel*⁴⁰ geht Andreas Rödder der Frage nach, was eine neue, CDU-geführte Bundesregierung tun könne, um die gemäßigte konservative Mitte wieder zu stärken, nachdem das Ende der „Hegemonie des grünen Denkens“ gekommen sei. Er konstatiert: „Diskurs und Auenghöhe ohne Ausgrenzung sind die Voraussetzungen einer konservativen Gesellschaftspolitik, die sich bewusst ist, wie sehr auch der Gegenschlag nach rechts weiter spaltet. Sie vermeidet eine Tyrannei der Mehrheit ebenso wie die Verachtung einer tonangebenden Minderheit. Sie setzt auf Toleranz statt Bekenntniszwang. Sie sichert Minderheitenrechte, ohne die Standards von Minderheiten zur Norm für die Mehrheit zu erheben. Und sie achtet die Traditionen und Kultur der Mehrheitsgesellschaft, deren Grundlagen sie aktiv schützt.“ Anerkennung kultureller Differenzen, Chancengerechtigkeit sowie eine „reformkonservative Gesellschaftspolitik“ seien ebenso wichtig, wie eine Stärkung der liberalen Ordnung des Westens, die durch revisionistischer Mächte bedroht werde, die auf „imperiale Ordnungsvorstellungen“ setzten. Europa müsse endlich Verantwortung für sich selbst übernehmen. Er fordert daher: „Eine konservative Reformpolitik, die Kulturkämpfe überwindet, die offene Gesellschaft selbstbewusst mit neuem Leben -erfüllt und die kraftvoll Führungsverantwortung in Europa übernimmt, sollte die Antwort sein.“

Rezensionen

Eckart Conze stellt in der FAZ⁴¹ drei neue Publikationen vor, die versuchten, Kaiser Wilhelm I. „aus dem Schatten seines Reichskanzlers zu holen“ und den „Bismarckzentrismus“ in Frage zu stellen: **Wilhelm I. Vom „Kartätschenprinz“ zum Reichsgründer** von Jan Markert; **Wilhelm I as German Emperor. Staging the Kaiser** von Frederik Frank Sterkenburgh sowie **Die Briefkommunikation der Kaiserin Augusta (1811–1890). Briefpraxis, Briefnetzwerk, Handlungsspielräume** von Susanne Bauer.

³⁸ Justus Bender, Jesus von der AfD, AS, 30.3.2025.

³⁹ Andreas Rosenfelder, Der Umgang mit der AfD ist einer Demokratie unwürdig, Die Welt, 27.3.2025.

⁴⁰ Andreas Rödder, Konservative Neuerfindung, Der Spiegel, 22.3.2025.

⁴¹ Eckart Conze, Korrekturen am Bild des Patriarchen, FAZ, 14.3.2025.

Sven Felix Kellerhoff weist in der *Welt am Sonntag*⁴² auf die Studie **Schicksalsjahr 1925. Als Hindenburger Präsident wurde von Wolfgang Niess** hin, dem es gelinge, den „tatsächlich schicksalhaften Charakter der Zäsur zu erklären“, den die Wahl Paul von Hindenburgs zum Reichspräsidenten bedeutet habe.

Stephan Lehnstaedt habe mit **Der vergessene Widerstand. Jüdinnen und Juden im Kampf gegen den Holocaust** ein „instruktives und kundiges Historienbuch“ vorgelegt, schreibt Alexander Kluy in der *Jüdischen Allgemeinen*⁴³.

In der *Neuen Zürcher Zeitung*⁴⁴ bilanziert Victor Mauer über **Der verlorene Frieden. Vom Fall der Mauer zum neuen Ost-West-Konflikt** von Andreas Rödder: „Wenn es richtig ist, dass strategische Zurückhaltung Legitimität und Legitimität Autorität schafft, dann ist Andreas Rödders abschliessendes Plädoyer für eine wertebasierte Realpolitik in einer sich neu formierenden Weltordnung ein kluger gedanklicher Ausgangspunkt, auf den sich auch eine ‚aussenpolitisch unerzogene Nation‘ wie Deutschland‘ (Max Weber) einlassen sollte.“

In seinem Buch **Macht im Umbruch. Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts** erläutere Herfried Münkler – so Alexander Cammann in der *Zeit*⁴⁵ –, warum Deutschland eine stärkere Führungsrolle in Europa einnehmen solle: „Typisch für Münkler, der bis 2018 Politische Theorie an der Berliner Humboldt-Universität lehrte, ist die Zusammenschau ganz verschiedener Phänomene und Ebenen, gewürzt mit überraschenden Beobachtungen. Ideengeschichte und politische Theorie, Außenpolitik und Demokratielehre verbindet er unkonventionell zu einer anregenden Universal-Erzählung.“

„Wer verstehen möchte, wie es so weit kommen konnte, für den ist das Buch von Neitzel unbedingt lesenswert. Das Werk Försters ist die umfangreiche Kür für jene, die den Traditionen, Denkweisen und Verhaltensmustern deutscher Militärs bis an den Beginn der Neuzeit nachspüren wollen“ stellt Alexander Grau im *Cicero*⁴⁶ über zwei Bücher zur Militärgeschichte fest: **Deutsche Militärgeschichte** von Stig Förster sowie **Die Bundeswehr** von Sönke Neitzel.

In der *Süddeutschen Zeitung*⁴⁷ merkt Eckart Conze über den von Philipp Oswalt und Agnieszka Pufelska herausgegebenen Band **Der Geist von Potsdam. Preußisches Militär als Tradition und Erbe** an, er versuche „Annäherungen an die Geschichte von Militär und Militarismus in Preußen“. Mit Hilfe der dort versammelten 25 Beiträge solle „die Geschichte der Garnisonkirche breiter kontextualisiert werden. Vor allem aber soll der viel beschworene ‚Geist von Potsdam‘ mit seinem militärischen Kern, den Konservativen und Nazis 1933 nicht zufällig am ‚Tag von Potsdam‘ in der Garnisonkirche inszenierten, sichtbar werden.“

„Trotz der Übertreibungen sind viele der Diagnosen so zutreffend wie bedenkenswert“ urteilt Dominik Fürst in der *Süddeutschen Zeitung*⁴⁸ über **Totally kaputt? Wie Deutschland sich selbst zerlegt** von Chris Reiter und Will Wilkes, die allerdings auch kein überzeugendes Rezept gegen den Rechtsruck in der Bevölkerung vorlegen könnten.

In ihrem Buch **Deutsch genug? Warum wir endlich über Russlanddeutsche sprechen müssen** befasse sich Ira Peter aus eigenem Erleben mit der Geschichte der russischen Spät-aussiedler und schildere ihre Erkenntnisse – so Cord Aschenbrenner in der *Süddeutschen Zeitung*⁴⁹ – „faktenreich, sehr offen, mit sanfter Ironie und manchmal leichter Bitterkeit“.

⁴² Sven Felix Kellerhoff, Schlag des Schicksals, Welt am Sonntag, 22.3.2025.

⁴³ Alexander Kluy, Mehr als die Bielski-Brüder, Jüdische Allgemeine, 27.3.2025.

⁴⁴ Victor Mauer, Weltordnung im Wandel, NZZ, 20.3.2025.

⁴⁵ Alexander Cammann, Neues vom Propheten, Die Zeit, 27.3.2025.

⁴⁶ Alexander Grau, Die Deutschen und ihre Soldaten, Cicero, 21.3.2025.

⁴⁷ Eckart Conze, Preußische Kriegstüchtigkeit, SZ, 24.3.2025.

⁴⁸ Dominik Fürst, Mit Spargel gegen Rechtsextreme, SZ, 24.3.2025.

⁴⁹ Cord Aschenbrenner, Postsowjetisch zugewandert, SZ, 22.3.2025.

Thomas Thiel merkt in der FAZ⁵⁰ über **Stellvertreter der Schuld. Erinnerungskultur und muslimische Zugehörigkeit in Deutschland** von Esra Özyürek an, das Buch sei „über weite Strecken ein einziges Raunen und Behaupten. Die Autorin nutzt die Leerstellen für großspurige Thesen und haarsträubende Simplifizierungen. Dazu gesellen sich zahlreiche Widersprüche“ und weise außerdem einen „Mangel an klaren Belegstellen, Zuordnungen, Eingrenzungen“ auf.

Traumaland. Eine Spurensuche in deutscher Vergangenheit und Gegenwart von Asal Dardan sei sehr aktuell, treffe es doch „auf eine Situation, in der die bestehende deutsche Erinnerungskultur zunehmend in der Kritik steht. Das offizielle Gedenken sei zu formelhaft, es sei vor allem darauf gerichtet, die kollektive Identität zu stabilisieren“ konstatiert Sonja Asal in der FAZ⁵¹.

Gerd Koenen setzt sich in der Zeit⁵² mit **Die letzte Fahrt des Zaren. Als das alte Russland unterging** von Jörg Barberowski auseinander und geht der Frage nach, ob der Autor es sich nicht etwas zu „leicht mit seiner Schilderung der letzten Tage des Zarenreiches 1917“ mache: „Barberowski zeigt mit Scharfsinn und erzählerischer Begabung, wie eins ins andere greift und die demokratischen Politiker, die gezwungenermaßen das Vakuum zu füllen versuchen, auf einer schiefen Ebene operieren, von der sie nicht mehr herunterkommen. Aber irgend etwas an diesem Bild ist allzu stimmig.“

„Der Münchener Slawist Riccardo Nicolosi [...] legt nun ein elegantes Büchlein vor, in dem er Putins Kriegsrhetorik beschreibt“ stellt Ulrich M. Schmid in der Neuen Zürcher Zeitung⁵³ über **Putins Kriegsrhetorik** fest.

In der Welt am Sonntag⁵⁴ urteilt Thomas Schmid über **Die Welt nach Gaza** von Pankaj Mishra, der Autor zeichne ein „bluttriefendes Zerrbild der westlichen Zivilisation“ und merkt kritisch an: „Die nicht-westliche Welt hat bessere Autoren verdient. Autoren, die bereit sind, auch die notorischen Schwächen der postkolonialen Staaten in Augenschein zu nehmen und dafür nicht nur den Westen verantwortlich zu machen. Dazu trägt Pankaj Mishras miserables Buch mit seinen zusammengeklauten Argumenten leider nichts bei.“

In seinem Buch **Siedlerkolonialismus. Ideologie, Gewalt und Gerechtigkeit** zeichnet Adam Kirsch nach, „wie ein geschichtswissenschaftlicher Ansatz, der ursprünglich die europäische Kolonialisierung Nordamerikas und Australiens erklären sollte, zu einer eigenständigen Ideologie werden konnte. Über den deskriptiven und analytischen Nutzen der Kategorie des Siedlerkolonialismus als einer spezifischen Form des Kolonialismus erfährt der Leser leider wenig“ stellt Philipp Lenhard in der FAZ⁵⁵ fest.

Mit **Religiöse Erweckung und irdische Macht. Religion und Demokratie in den USA** habe Stephanie Coché eine „gelehrte Studie“ vorgelegt und zeige darin „ganz unterschiedliche Frömmigkeitsstile und religiöse Symbolwelten“ auf, die die „Phänomene politisierter Religion“ in den USA veranschaulichten, schreibt Friedrich Wilhelm Graf in der FAZ⁵⁶.

In der Neuen Zürcher Zeitung⁵⁷ stellt Werner Vogt das „ausgezeichnet geschriebene“ Buch **Churchill und die Deutschen. Eine besondere Beziehung** von Dietmar Pieper vor und weist darauf hin, der Autor „entzieht sich dem Churchill-Mythos, lenkt den Blick auch auf die fragwürdigen Seiten des Staatsmanns und zeigt, dass Churchill von Deutschland gleichermassen fasziniert wie abgestossen war“.

⁵⁰ Thomas Thiel, Symbolische Schuldübertragung?, FAZ, 19.3.2025.

⁵¹ Sonja Asal, Entlang der Straße der Erinnerung, FAZ, 22.3.2025.

⁵² Gerd Koenen, Taumelnd in den Abgrund, Die Zeit, 20.3.2025.

⁵³ Ulrich M. Schmid, Wirre Vorwürfe und Widersprüche, NZZ, 24.3.2025.

⁵⁴ Thomas Schmid, Pankaj Mishra diffamiert den Westen, Welt am Sonntag, 22.3.2025.

⁵⁵ Philipp Lenhard, Kolonisten überall, FAZ, 22.3.2025.

⁵⁶ Friedrich Wilhelm Graf, Die Ambivalenz des Religiösen, FAZ, 21.3.2025.

⁵⁷ Werner Vogt, Winston Churchill bewegt die Deutschen bis heute, NZZ, 1.4.2025.

*Christian House stellt im Spectator*⁵⁸ **Norway's War: A People's Struggle Against Nazi Tyranny, 1940–45** von **Robert Ferguson** vor, der eine faszinierende Geschichte über den Umgang der Norweger mit der fünf Jahre andauernden Besetzung des Landes durch die deutsche Wehrmacht verfasst habe, die beide Seiten – den Widerstand und Kollaboration durch Vidkun Quislings Nasjonal Samling – aufzeige.

Das Buch **What Is Free Speech? The History of a Dangerous Idea** von **Fara Dabholiwala** zeige auf – so *Edmund Fawcett* in der *Financial Times*⁵⁹ –, dass Redefreiheit nicht absolute Freiheit bedeute, sondern auch Rücksichtnahme auf bestimmte Gegebenheiten beinhalte: „When someone pleads free speech, Dabholiwala writes, ask yourself, what else are they after, and are you after the same thing? Despite a sceptical tone and a few too many dismissive asides, he doesn't deride free speech in principle or doubt its value. He reminds us, rather, that who defines it, who enjoys it and who regulates it is politics all the way down.“

Im *Wall Street Journal*⁶⁰ befasst sich *John Bolton* mit **Waste Land. A World in Permanent Crisis** von **Robert Kaplan**, der mit Blick auf vergangene und aktuelle Krisen darlegt, warum er den Westen für im Niedergang befindlich erachtet und mit Blick auf die Vergangenheit Analogien zur Gegenwart zieht.

Max Harris stellt in der *Financial Times*⁶¹ zwei Bücher vor, die aufzeigen, wie Washington seine wirtschaftliche Macht wie auch die Dominanz des Dollars im Kampf gegen Schurkenstaaten und geopolitische Rivalen eingesetzt habe: **Chokepoints: How the Global Economy Became a Weapon of War** von **Edward Fishman** sowie **King Dollar: The Past and Future of the World's Dominant Currency** von **Paul Blustein**.

„Das Buch zeigt weiter auf, wie der Datenhunger der digitalen Großunternehmen und die Datafizierung Rassismus und Diskriminierung befeuern. Und es beleuchtet, wie China sich besonders auf dem afrikanischen Kontinent als eine ‚digitale Kolonialmacht‘ etabliert, die sich neben dem Ausbau von Infrastruktur vor allem auf die Ankurbelung des Kaufs und Verkaufs von Dienstleistungen und Waren übers Internet konzentriert und lokalen Start-ups und kleineren Unternehmen das Wasser abgräbt“ schreibt *Andreas Eckert* in der FAZ⁶² über **Digitaler Kolonialismus. Wie Tech-Konzerne und Großmächte die Welt unter sich aufteilen** von **Ingo Dachwitz** und **Sven Hilbig**.

„Elegant, anschaulich und trittsicher rehabilitiert Nagel den Begriff des moralischen Fortschritts“ urteilt *Paula Keller* in der *Zeit*⁶³ über **Moralische Gefühle, moralische Wirklichkeit, moralischer Fortschritt** von **Thomas Keller**.

Mit **Welten im Aufbruch – Eine Globalgeschichte der Antike** habe **Raimund Schulz** eine 2000 Jahre umfassende Geschichte der Antike vorgelegt, die nicht mehr „eurozentristisch“ ausgelegt sei, urteilt *Johan Schloemann* in der *Süddeutschen Zeitung*⁶⁴ und konstatiert: „Schulz spielt das über die Jahrtausende imposant durch, mit so viel Überblick, dass man es über weite Strecken auch wirklich mit Vergnügen liest – nur manchmal ist man ein wenig lost in translation, wenn man nicht auf die mitgelieferten Karten oder einen Zeitstrahl blickt.“

Mit **Esprit und Leidenschaft** habe **Volker Reinhardt** den Versuch unternommen, eine **Kulturgeschichte Frankreichs** vorzulegen, schreibt *Lena Bopp* in der FAZ⁶⁵ und stellt fest, „zugute kommt ihm dabei, dass er ein überragender Stilist ist. Der etwas kleinteilige Aufbau

⁵⁸ Christian House, Heroes of the Norwegian resistance, The Spectator, 29.3.2025.

⁵⁹ Edmund Fawcett, What Is Free Speech? Fara Dabholiwala's rich history of a dangerous debate, Financial Times, 2.4.2025.

⁶⁰ John Bolton, 'Waste Land' Review: An Order in Decline, Wall Street Journal, 6.3.205.

⁶¹ Max Harris, How America weaponised the world's economy, Financial Times, 15.3.2025.

⁶² Andreas Eckert, Die willigen Helfer der Diktatoren, FAZ, 2.4.2025.

⁶³ Paula Keller, Sklaverei war ja nicht immer verwerflich, Die Zeit, 20.3.2025.

⁶⁴ Johann Schloemann, Rätselhafte Römer, SZ, 22.3.2025.

⁶⁵ Lena Bopp, Eine gewisse Vorstellung, FAZ, 22.3.2025.

seines Buchs prädestiniert es dazu, ein beliebtes Nachschlagewerk zu werden. Der Zugang zu beinahe tausend Jahren Geschichte wird aber auch dadurch erleichtert, dass Reinhardt seinen Stoff auf elegante, nie effekthascherische Art zu fassen weiß [...].

Martin Mittelmeier schildere in **Heimweh im Paradies. Thomas Mann in Kalifornien**, „bildhaft und mit Humor die Umstände, unter denen der Literaturnobelpreisträger im kalifornischen Exil lebt“ und arbeite „eindrücklich heraus, wie man Thomas Mann die Rolle einer Galionsfigur des guten Deutschlands zuweist und wie er sich in diese Rolle fügt“, merkt *Tobias Kühn* in der *Jüdischen Allgemeinen*⁶⁶ an.

Die Geschichte der Leipziger Buchmesse in der DDR. Literaturtransfer, Buchhandel und Kulturpolitik in deutsch-deutscher Dimension von **Patricia F. Blume** sei ein „umfangreiches, faktengesättigtes und mit Statistiken, Grafiken und zeitgenössischen Fotografien üppig ausgestattetes Buch [...] Grundlagenwerk, dessen Lektüre jedem an der deutschen Nachkriegs- und Buchgeschichte Interessierten zu empfehlen“ sei, urteilt *Mark Lehmstedt* in der *FAZ*⁶⁷.

⁶⁶ Tobias Kühn, König der Emigranten, *Jüdische Allgemeine*, 27.3.2025.

⁶⁷ Mark Lehmstedt, Ein Gefühl der Freiheit im Gedränge zwischen winzigen Ständen, *FAZ*, 25.3.2025.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte
Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/ACDP
denise.lindsay@kas.de

Nur für den internen Gebrauch.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.